

Geschäftsordnung für die Arbeitsgruppe Justiz der Partei der Humanisten

Gem. Bundessatzung § 19 (4)

§ 1 Stellung innerhalb der Partei

Die Arbeitsgruppe Justiz ist eine bundesweite Arbeitsgruppe der Partei der Humanisten (PdH) im Sinne des § 23 (2) der Bundessatzung (BS) der PdH.

§ 2 Ziel der Arbeitsgruppe

1. Ziel der AG Justiz ist eine Verbesserung der inhaltlichen Arbeit im Themenfeld Justiz (Gesetzgebung, Verbraucherschutz, Justizverwaltung, Rechtspflege und Sanktionen) im Rahmen der jeweils gültigen Programmatik nach § 20 der BS.
2. Dies geschieht insbesondere durch
 - a. die Erarbeitung von Vorschlägen zur Veränderung des Leitbildes der Partei der Humanisten nach § 20 I der BS,
 - b. die Erarbeitung von Vorschlägen zur Veränderung des Grundsatzprogramms der Partei der Humanisten nach § 20 II der BS,
 - c. die Erarbeitung von Vorschlägen zur Veränderung des Parteiprogramms der Partei der Humanisten nach § 20 III der BS,
 - d. die Erarbeitung von Vorschlägen zur Veränderung des Wahlprogramms der Partei der Humanisten nach § 20 IV der BS,
 - e. die Erarbeitung von Vorschlägen zur Veränderung von Positionspapieren der Partei der Humanisten nach § 20 V der BS und
 - f. die Zusammenarbeit mit anderen Arbeitsgruppen der Partei der Humanisten bei überschneidenden Themenfeldern im Rahmen von Arbeitskreisen nach § 23 VII BS
 - g. beratende Tätigkeit für den Bundesvorstand und andere Parteigliederungen und -gruppen der Partei der Humanisten.

§ 3 Gründung, Leitung und Mitglieder der AG

- 1) Die Gründung einer AG erfolgt durch Initiative von Mitgliedern der PdH gemäß BS § 23 (1). Zur Gründung erforderlich sind mindestens drei ordentliche Mitglieder der PdH, die gemeinsam den Gegenstand der AG definieren, aus ihrer Mitte einen kommissarischen Leiter sowie einen kommissarischen Stellvertreter bestimmen. Der kommissarische Leiter stellt den Antrag auf Anerkennung der AG beim Bundesvorstand.
- 2) Zur Aufnahme der Arbeit der AG, zur parteiinternen Bekanntmachung der Existenz der AG und zur Nutzung der parteiinternen Softwaresysteme für die AG-Arbeit ist die Anerkennung der AG-Eigenschaft durch den Bundesvorstand nach BS § 23 (5) erforderlich. Die Aberkennung der Eigenschaft als AG durch den Bundesvorstand kann jederzeit nach BS § 23 (5) erfolgen und muss begründet werden. Gegen die Entscheidung kann Einspruch beim Bundesschiedsgericht erhoben werden; bis zur Entscheidung durch das Bundesschiedsgericht ruht die AG-Arbeit.
- 3) Der Bundesvorstand bestimmt im Rahmen des Anerkennungsverfahrens einen Leiter sowie einen Stellvertreter der AG; in der Regel werden die zuvor kommissarisch als Leiter und Stellvertreter tätigen AG-Mitglieder hierfür benannt.
- 4) Der AG-Leiter und dessen Stellvertreter können in begründeten Fällen vom Bundesvorstand jederzeit abberufen werden; gegen die Entscheidung kann Einspruch beim Bundesschiedsgericht erhoben werden. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung; sofern das Schiedsgericht die Rechtmäßigkeit der Abberufung jedoch nicht bestätigt, erfolgt die Einsetzung in den alten Stand und ein zwischenzeitlich evtl. neu gewählter AG-Leiter und/oder Stellvertreter wird automatisch wirksam abberufen.
- 5) Der AG-Leiter und dessen Stellvertreter sind einmal jährlich von den Mitgliedern der AG gemäß den Abstimmungserfordernissen in § 6 dieser GO mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen neu zu wählen. Ebenso ist der AG-Leiter und/oder sein

Stellvertreter neu zu wählen bei Rücktritt, Austritt/Ausschluss aus der PdH oder bei Abberufung durch den Bundesvorstand.

- 6) Die Wahl eines neuen AG-Leiters/Stellvertreters muss dem Bundesvorstand unverzüglich angezeigt werden.
- 7) Der Stellvertreter übernimmt die Aufgaben des AG-Leiters ausschließlich im Falle und für die Dauer von dessen Verhinderung. In den nachfolgenden Regelungen dieser GO steht AG-Leiter entsprechend immer sowohl für den AG-Leiter selbst als auch für seinen Stellvertreter in seiner vertretungsweisen Funktion als AG-Leiter.
- 8) Jedes ordentliche Mitglied der PdH kann jederzeit beim AG-Leiter die AG-Mitgliedschaft beantragen. Eine Ablehnung der Mitgliedschaft durch den AG-Leiter bedarf einer Begründung; gegen die Ablehnung kann Einspruch beim Bundesvorstand erhoben werden. Mit Beitritt zur AG erkennt das Mitglied die jeweils gültige GO an, diese ist ihm vorab zur Kenntnisnahme zugänglich zu machen.
- 9) Es wird unterschieden zwischen aktiven und passiven Mitgliedern der AG. Als aktives Mitglied der AG gilt, wer sich regelmäßig in die AG-Arbeit einbringt, mindestens aber bei den einberufenen physischen oder virtuellen Sitzungen anwesend ist. Ein passives Mitglied hat einen Beobachterstatus und ist nicht stimmberechtigt, kann aber jederzeit Beiträge, Anregungen und Impulse zur AG-Arbeit beisteuern. Der Aktivitätsstatus eines Mitglieds kann bei begründetem Zweifel an der Aktivität des Mitglieds vom Leiter der AG oder seinem Stellvertreter festgestellt werden. Die aktiven, stimmberechtigten Mitglieder werden auf einer geeigneten Kommunikationsplattform durch den AG-Leiter aufgeführt.
- 10) Der Ausschluss eines Mitgliedes aus der AG ist unter § 6 geregelt.

§ 4 Arbeitsweise der AG

- 1) Der AG-Leiter hat für einen geordneten Arbeitsablauf zu sorgen. Dafür bestimmt er zunächst die für Diskussion und Abstimmungsverfahren verbindlichen Kommunikationsplattformen im Einklang mit den zugelassenen technischen Plattformen gem. § 23 (6) BS und unter Berücksichtigung des Organisationshandbuches der PdH.
- 2) Innerhalb dieser Kommunikationsplattformen bestimmt er in Abstimmung mit den Mitgliedern der AG, zu welchem Punkt nach § 2 (2) dieser GO ein Vorschlag erarbeitet werden soll.
- 3) Jedes AG-Mitglied hat ein Vorschlagsrecht bezüglich der in der AG zu behandelnden Themen. Gegebenenfalls fordert der AG-Leiter den Vorschlagenden auf zu benennen, zu welchem Punkt nach § 2 (2) dieser GO ein jeweiliger Vorschlag erfolgte.
- 4) Der Bundesvorstand kann Arbeitsaufträge an die AG richten. Solche Arbeitsaufträge werden von der AG auf Wunsch des Bundesvorstandes vorrangig bearbeitet; dies dient insbesondere der schnellen Reaktionsfähigkeit des Bundesvorstandes auf öffentliche/mediale Anfragen.
- 5) Wahlen und Beschlüsse der AG erfolgen durch nicht-geheime Abstimmung.

§ 5 Regelung zu Sitzung und Abstimmung

- 1) Abstimmungen können im Rahmen physischer Sitzungen vor Ort oder virtueller Sitzungen per Telefon oder Videokonferenz oder durch geeignete, manipulationssichere, vorab festgelegte und den abstimmungsberechtigten Mitgliedern zugängliche Kommunikationsplattformen als Abstimmungstool erfolgen.
- 2) Zu physischen Sitzungen muss mit einer Ladungsfrist von mindestens zwei Wochen, für virtuelle Sitzungen mit einer Ladungsfrist von mindestens zwei Werktagen geladen werden.
- 3) Zur Abstimmungen per Abstimmungstool müssen alle aktiven Mitglieder rechtzeitig in geeigneter Weise informiert werden; die Abstimmung selbst muss mindestens 48 Stunden im Abstimmungstool verfügbar sein.
- 4) Passive Mitglieder können ohne Stimmrecht an Versammlungen teilnehmen, wird jedoch die Kapazität des physischen oder virtuellen Versammlungsraumes überschritten, kann der AG-Leiter die Teilnahme auf die aktiven Mitglieder beschränken.

- 5) Wahlen und Beschlüsse sind gültig, wenn bei der Abstimmung mindestens die Hälfte der aktiven Mitglieder, darunter der AG-Leiter, teilgenommen haben (Beschlussfähigkeit). Die Feststellung der Beschlussfähigkeit und die Dokumentation der Abstimmungsergebnisse obliegen dem AG-Leiter.
- 6) Sofern zu einem Tagesordnungspunkt keine Beschlussfähigkeit erreicht wird, ist die AG auf der nächsten Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig.
- 7) Es kann grundsätzlich mit Ja, Nein und Enthaltung abgestimmt werden. Enthaltungen werden als Ausdruck von Neutralität, Unentschlossenheit oder thematischer Unbefasstheit weder als Ja noch als Nein gezählt.
- 8) Jedes aktive Mitglied hat bei der Abstimmung eine Stimme. Bei einer Pattsituation (Stimmengleichheit gültiger Ja- und Nein-Stimmen) kann der AG-Leiter einen neuen Wahldurchgang anordnen, bei dem er ein doppeltes Stimmrecht erhält.
- 9) Positionspapiere müssen von der AG mit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen und dem Bundesvorstand zur Genehmigung vorgelegt werden. Der Bundesvorstand kann die Genehmigung von Nachbesserungen abhängig machen, die sich z.B. auf formale Kriterien oder auf inhaltliche Diskrepanzen zum Leitbild oder zu Positionen anderer AGs beziehen können.
- 10) Anträge auf Änderung des Leitbilds oder des Grundsatzprogramms können bei einem Bundesparteitag eingereicht werden, wenn sie von der AG mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen wurden.
- 11) Anträge zur Übernahme von erarbeiteten Positionen in das Wahl- oder Parteiprogramm eines Gebietsverbandes gem. BS § 20 (4) können mit einer einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.

§ 6 Sanktionen der AG

- 1) Verstößt ein Mitglied der AG nach Auffassung des AG-Leiters gegen den geordneten Arbeitsablauf, kann er
 - a. dieses Mitglied ermahnen,
 - b. im Wiederholungsfalle ein weiteres Mal ermahnen und
 - c. im weiteren Wiederholungsfalle von der AG ausschließen und eine Meldung an den Bundesvorstand bzw. eine von der Bundessatzung definierte Stelle absetzen.
- 2) Gegen den Ausschluss kann das AG-Mitglied eine Beschwerde beim Bundesschiedsgericht einreichen.
 - a. Fällt ein AG-Mitglied dem AG-Leiter durch längere Passivität auf, so kann dieses Mitglied durch den AG-Leiter nach den Gründen sowie der zu erwartenden maximalen Dauer seiner Passivität befragt werden,
 - b. die AG bei fortdauernder Passivität dieses Mitglieds im Rahmen einer Sitzung mit einfacher Mehrheit über den Ausschluss des Mitglieds aus der AG befinden,
 - c. über den Ausschluss dieses Mitglieds aus der AG nach § 6 (3) b) befunden werden, wenn dem AG-Leiter nicht innerhalb von 72 Stunden eine Rückmeldung des Mitglieds nach § 6 (3) a) vorliegt.

§ 7 Inkrafttreten, Änderung und Geltungsbereich der Geschäftsordnung

- 1) Diese Geschäftsordnung wird nach den Regeln zur Abstimmung in § 5 dieser GO mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen beschlossen. Sie tritt mit Genehmigung durch den Generalsekretär gem. BS § 19 (4) in Kraft und kann jederzeit durch neuen Beschluss geändert werden.
- 2) Diese Geschäftsordnung verliert ihre Gültigkeit, sofern eine einheitliche Geschäftsordnung für alle AGs gemäß BS § 23 (1) oder anderer Regelungen der Bundessatzung erlassen wird. Es gelten dann die einheitlichen Regelungen.
- 3) Regelungen in der Bundessatzung oder im Organisationshandbuch gehen den Regelungen dieser GO im Zweifel immer vor.

Die Geschäftsordnung wurde nach Abstimmung einstimmig am 12.11.2017 beschlossen und trat am 13.11.2017 in Kraft.